

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1916

136 (17.5.1916) Erstes Blatt

Werbung:
 in Karlsruhe frei ins
 Haus geliefert viertel-
 2.40 Mk., an den Ausgabe-
 stellen monatlich
 65 Pfennig. Auswärts
 durch die Post frei ins
 Haus gebracht viertel-
 2.72 Mk., um Post-
 kosten abgeholt 2.80 Mk.
 Einzelnummer 10 Pfennig.
 Redaktion und Expedition:
 Ritterstraße Nr. 1.

Karlsruher Tagblatt

Anzeigen:
 die einpaltige Kolonelle
 od. deren Raum 20 Pfennig.
 Neblamegeile 50 Pfennig.
 Nachbatt nach Tarif.
 Anzeigenannahme:
 größere spätest. bis 12 Uhr
 mittags, kleinere spätestens
 bis 4 Uhr nachmittags.
 Fernsprechanschlüsse:
 Expedition Nr. 203.
 Redaktion Nr. 894.

Mit amtlichem Verkündigungsblatt. — Badische Morgenzeitung.

113. Jahrg. Nr. 136. Mittwoch, den 17. Mai 1916. Erstes Blatt.

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Neppert; verantwortlich für Baden, Solales und Handel: Heinrich Gerhardt; für Feuilleton: Hermann Weid; für Sport und Vermischtes: F. W. Heinrich Gerhardt; für Anzeigen: Paul Kubmann. Druck und Verlag: C. S. Müller'sche Hofbuchdruckung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Kurt Heinrich, Friedenau, Preisstraße 65/66. Tel.-Amt Umland 2902. — Für unerlangte Manuskripte oder Druckfäden übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist.

Wie England die deutschen „Friedensintrigen“ bekämpft.

An dieser Stelle wurde jüngst die Vermutung ausgesprochen, daß die Erklärung Aquiths vor den russischen Dumaabgeordneten, nach der England mit Rußland zu einem Abkommen über Persien gelangt seien, darauf schließen lasse, England habe durch dieses Abkommen Sonderfriedensbestrebungen durchzuführen wollen. Das wird um so wahrscheinlicher, als ein soeben aus Persien zurückgekehrter schwedischer Oberst feststellte, daß die Russen ganz Persien besetzt haben, und zwar auch die englische Interessensphäre in der Richtung nach dem persischen Meerbusen hin. Besonders deutlich kommt der Hintergrund der russisch-englischen Abmachungen über Persien in einem jetzt vorliegenden Artikel der „Times“ zum Ausdruck, der ohne alle Umschweife den Zusammenhang zwischen den Abmachungen über Persien und den Sonderfriedensbestrebungen zugibt. In dem Artikel heißt es: „Wir sehen in der Rede von Aquith an die russischen Dumaabgeordneten eine klare Abgabe an die deutschen Friedensintrigen. In der französischen Presse wurde neulich die Möglichkeit eines japanischen Sonderfriedens mit Deutschland erwähnt, wohl auf der Grundlage der Abtretung deutscher Südseeinseln und freier Hand in China. Auch an Frankreich und England sind ähnliche Schritte herangetreten, die unter anderem sogar die Möglichkeit einer Grenzberichtigung für Frankreich im Ausicht stellen, wenn Deutschland freie Hand gegen Rußland erhalte; zweifellos sind ähnliche Abmachungen auch in Rußland gemacht worden. Unter diesen Umständen ist es von größter Wichtigkeit, daß Aquith offen erklärt hat, daß vollkommene Übereinstimmung zwischen Rußland und England in allen ständigen Fragen herrscht, daß sowohl mit Bezug auf die Türkei, wie auf Persien es zu einer vollkommenen Einigung über alle Fragen gekommen ist, die so lange England und Rußland getrennt haben. Großbritannien hat sich nicht nur damit einverstanden erklärt, sondern auch seine Unterstützung dazu versprochen, daß die jahrhundertlang gehegten Bestrebungen Rußlands in Erfüllung gehen.“

Was die „Times“ mit diesem Artikel beabsichtigen, kann keinem einermöglichen klar blickenden Beobachter bleiben. Zum ersten soll das flügliche Gerücht, das die englische Politik in Persien gemacht hat, und das sich in dem Zurückweichen vor den russischen Ansprüchen deutlich ausdrückt, verheißt werden. Es soll so hingestellt werden, als habe die englische Regierung freiwillig und aus Wohlwollen für die russischen Pläne auf einen Teilungsvertrag von Jahre 1907 ausdrücklich ausbezogenen. Der Verzicht auf Persien bedeutet für England ganz einfach eine direkte Bedrohung seiner Verbindung mit Indien durch Rußland, das zwar im Augenblick noch ein Bundesgenosse Englands ist, sich aber ebenso schnell in einen Feind Englands verwandeln kann, wenn seine politischen Pläne, bei denen ja auch Japan eine Rolle spielt, zur Reife gelangen sind.

Zum zweiten aber beabsichtigen die „Times“ den Glauben zu erwecken, als habe das Deutsche Reich nach Rußland „Führer“ nach Frankreich und England ausgedehnt, um zu erlangen, ob es möglich sei, durch Konzessionen und Abtretungen die drei Ententebrüder gegen einander auszuwählen. Wir sind überzeugt, daß heute nicht einmal mehr ein ententebegeisterter Neutraler der „Times“ auf dieses Märchen aufpassen wird. Die Sache liegt vielmehr so, daß England, um seine auseinanderbrechenden Genossen beisammen zu halten, gezwungen ist, in Konzessionen und Abtretungen an sie zu willigen, an die es früher nicht nur nicht gedacht hat, sondern die auch geeignet sind, seine eigene Weltstellung aufs allergeringste zu gefährden. Das gilt für Japan in Ostasien, das gilt ferner für Rußland in Persien und das gilt bis zu einem gewissen Grade für Italien im östlichen Mittelmeer. Gewiß braucht man nicht daran zu zweifeln, daß es den Engländern mit diesen Konzessionen nicht ernst ist, daß sie vielmehr nur Vorworte sind, um die Ententegenossen von anderen Seiten her fern zu halten. Man rechnet in London damit, daß man mit den Ententebrüdern schon fertig werden würde, wenn nur erst Deutschland mit ihrer Hilfe überwältigt ist, aber vielleicht gewinnt doch allmählich in London das peinliche Gefühl an Einfluß, daß auf die Dauer doch die Konzessionen an die Genossen so umfangreich und England in absehbarer Zeit nicht mehr die Kraft haben, den Ententegenossen etwas zu befehlen, geschweige sie von eigenen Wegen abzuhalten.

Wenn die „Times“ in bezug auf die persischen Abmachungen an Rußland behauptet, Großbritannien habe sich nicht nur damit einverstanden erklärt,

Grens Friedensziele. — Die Malandfrage.

6. Aus Berlin wird uns gebracht:

Die hartnäckige Verlogenheit, welche die letzten Aeußerungen Sir Edward Grey's über unser Kriegsgebahren und unsere Friedensbedingungen in erster Linie charakterisiert, wird dieses Mal auch in der Welt der Neutralen wenig Erfolg haben. Soviel läßt sich schon nach den bis jetzt vorliegenden Pressestimmen sagen. Zweifelhaft ist, ob der englische Vater des Krieges mit seiner heuchlerischen Ablehnung der fürchterlichen Schuld, die er jetzt auf die deutschen Schultern abwälzen möchte, in England selbst noch überall Glauben finden dürfte. Denn darauf, sich durch die offenen und geheimen Vordränge im eigenen kriegsentscheidenden Land zu verteidigen, kommt es ihm offenbar sehr wesentlich an. Nur in dem hoffenden Land des Selbstbetrugs ist es freilich überhaupt möglich, daß der Minister, der in der jahreslangelangen Einreisungspolitik König Edwards eine führende Rolle spielte, es nun noch wagen darf, öffentlich als ungeschuldigen Engel aufzutreten. Aber Grey tut das, damit das englische Durchschnittspublikum sich täuschen soll, England wünsche den Frieden wie kein anderes Land; wenn wir ihn trotzdem nicht erhalten können, so liegt das an der deutschen Machtpolitik und Eroberungslust, der ja schon Serbien und Belgien zum Opfer gefallen sind. Grey gibt sich Mühe, diese Stimmung in dem englischen Volke aufrecht zu erhalten.

Das andere Mittel zu diesem Zweck ist, seinen Lesern seltsame Zukunftsbilder auf die deutsche Demokratie auszufröhen, die nach ihm nur denkbar sein würde, wenn ihr durch einen britischen Sieg zur Herrschaft über das jetzt unter der Zucht einer Militäraristokratie stehende Volk verholfen würde. Nur die Unwissenheit eines wie über die britische Ziel herausgekommenen Ministers zusammen mit der Stupidität des englischen Publikums allen ausländischen Verhältnissen gegenüber, macht eine solche Dummheit möglich. Auch in Deutschland wird man gewiß vieles aus den Erfahrungen des Krieges in demokratischem Sinne gelernt haben. Am tiefsten wird aber die Lehre in allen deutschen Köpfen sich festsetzen, die uns England über sein Wesen und seine Bestimmung uns gegenüber erteilt hat.

Was nun die praktische Bedeutung der Grenzfriedensziele anlangt, so geht aus ihnen das tatsächliche Streben gegen die Rolle des Besiegten und der Wille zum Weiterkämpfen hervor, aber gleichzeitig ist doch auch die Reallosigkeit darüber erkennbar, wie die Lage wesentlich günstiger für England gestaltet werden könnte; und insoweit nimmt der englische Minister dieses Mal den Mund doch schon weniger voll, als wir das von ihm und seinem Kollegen Aquith bisher gewohnt waren. Wenn das eine Etappe zur richtigen Bewertung der Lage sein und so wirklichem Entgegenkommen führen soll, wird das uns recht sein. Dann muß aber der nächste Schritt von England erst noch viel klarer und offener erfolgen. Deutschland hat seine Friedensbedingungen zum Teil bereits erkennen lassen. Es sind solche eines überall an allen Fronten siegreichen Staates, aber keineswegs übermächtigen Siegers. Will man in England diese Tatsache nicht wenigstens grundsätzlich anerkennen, so wird das deutsche Heer seinem Willen eben doch noch nachhelfen müssen.

Was für die Entstellungen Greys gilt, das gilt in weit höherem Maße noch in Frankreich, für das, was Präsident Poincaré mit alten Siegesphrasen wiederholt hat.

Erklärung der englischen Regierung zur Malandfrage.
 (Eigener Drahtbericht.)

f. Stockholm, 16. Mai. (Meldung des schwed. Telegr.-Büros.) Wie der Londoner Vertreter von „Stockholms Tidningen“ meldet, hat er auf eine Anfrage vom englischen Auswärtigen Amt folgende Erklärung über die Malandfrage erhalten:

Die Agitation, die in der letzten Zeit im Zusammenhang mit der Malandfrage getrieben worden ist, scheint uns hier von einem nicht ehrlichen und gewissermaßen unechten Charakter zu sein. Das geht aus der Tatsache hervor, daß, soweit wir wissen, die schwedische Regierung mit Beginn der Agitation in dieser Frage sich nicht an die russische Regierung gewandt hat. Hätte die schwedische Re-

Partei und Persönlichkeit.

er. Aus Berlin wird uns geschrieben:

Die mit steigender Festigkeit innerhalb der sozialdemokratischen Partei ausgetragenen Streitigkeiten werden von den Vertretern der Mehrheit wie von denen der Minderheit begründet mit der Pflicht, die Parteiprogramm und Disziplin dem einzelnen aufzuerlegen. Beides Begriffe, die uns in einem jahrelangen innerpolitischen Zank, wenn auch nicht lieb und wert, so doch vertraut geworden sind. Denn in ihnen hängt gewissermaßen das ganze System unserer Parteien, und wir alle haben uns mehr oder weniger daran gewöhnt, sie als notwendige Bestandteile jeder politischen Betätigung zu betrachten, sollte es doch nie an dem unvermeidlichen Dohn und Spott, wenn eine Partei bei wichtigen Abstimmungen in den Parlamenten aneinandergering und dadurch das Gewicht, das sie in die Waagschale zu werfen hatte, selbst aufhob. Darunter haben vornehmlich die Nationalliberalen zu leiden gehabt, die ja von jeder den Vorzug genossen, daß sie so eine Art von Staatslaboratorium waren, in dem die jeweils Volk und Staat erfüllenden Gedanken miteinander rangen.

Und es ist ja nicht zu verkennen, daß ohne eine straffe Disziplin keine Partei bestimmenden Einfluß auf den Gang der Geschichte des Vaterlandes auszuüben vermag; wenn die Regierung nicht sicher weiß, daß sie sich auf die gesamte Zahl der vorhandenen Mandate stützen kann, dann kann sie mit dieser Partei nicht arbeiten; wenn der Gegner wiederum weiß, daß im entscheidenden Augenblick die Partei doch gewohnheitsgemäß auseinanderfällt, dann wird er auf ihre Entschlüsse nicht das sonst erforderliche Maß von Rücksicht zu nehmen brauchen. Dabei ist die Disziplin als solche nur eine notwendige Voraussetzung des Parteiprogrammes, dessen Ausführung sie sicherstellen soll. Und insoweit ist sie auch unvermeidlich; in unserem politischen Leben vor dem Frieden aber hatte sie sich sehr viel weiter ausgebreitet und war zu einer Zwangsmittel geworden, mit deren Hilfe es meistens gelang, widerpenntige Köpfe zu zähmen. Das etwas derartige bei uns Deutschen notwendig ist, soll nicht bestritten werden, wir tragen nicht mit Unrecht den Ruf, Eigenbrödel von Natur aus zu sein, und wenn jedes Pferd sich berechtigt glaubt, seine Kraft an der Stelle der Anwendung zu bringen, wo es ihm passend erscheint, dann kommt schließlich der Staatswagen nicht von der Stelle.

Aber gerade der Krieg sollte uns doch gelehrt haben, einmal nachzuprüfen, ob die ganze Methode, auf die unser Parteileben eingeleitet ist, gerade die zweckmäßigste war. Denn sie führt letzten Endes zu einer Zerbrechung der Persönlichkeit, und verbaut dadurch die Möglichkeit, neue Bahnen einzuschlagen. Man kann uns dagegen einwenden, daß wir damit das System Weidnicht verherrenlichen wollten; aber dieser Einwand tritt doch nur scheinbar. Mit psychologisch zu beurteilenden Menschen ist keine Rechnung zum Stimmen zu bringen. Wenn man sich an den Durchschnitt hält, so wird man sagen dürfen, daß bei uns zu Lande junge Talente sich ihr Recht zur Führung der Partei erst erheben müssen, indem sie eine Reihe von Jahren der Volksvertretung angehört und dadurch den Beweis geliefert haben, daß sie mit dem nötigen Verständnis für die Heiligkeit der Parteidisziplin und des Programmes durchdringt sind. Erst dann haben sie den Befähigungsnachweis erbracht, der ihnen eine Anwartschaft auf die Parteiführung sichert, aber dann sind ihnen auch meist die geistigen Schwingen schon gebrochen.

Das hat seine schädlichen Wirkungen hinreichend bereits auf dem Gebiet der reinen inneren Politik gezeigt, wo schließlich eigenes Denken und der Versuch, das Parteiprogramm den Forderungen der Gegenwart anzupassen, auch nicht gerade verderblich wirken, es ist aber verhängnisvoll — das hat die Erfahrung gezeigt — in der Behandlung der äußeren Politik. Sind wir uns doch darüber alle einig, daß in künftigen Zeiten der Reichstag seine Aufmerksamkeit in sehr viel höherem Maße als bisher der Gestaltung unserer Beziehungen zu anderen Völkern zuwenden muß, und sich auch nicht schrecken lassen darf durch den früher oft gehörten Einwand, daß ein Urteil darüber ohne genaue Kenntnis der Akten nicht möglich sei. Gewiß ist es gut zu wissen, was in den Akten steht, aber damit allein ist nichts gewonnen, wenn man nicht gleichzeitig in dem lebendigen Buch der Geschichte zu lesen weiß. Und diese Kunst des Lesens ist keineswegs auf die Kunst der Diplomatie beschränkt. Vor der Welt aber darüber zu sprechen, verlangt als erste Voraussetzung genaue Kenntnisse und verlangt auch eine in sich gefestigte Persönlichkeit, woran in unseren Parlamenten bisher kein Ueberfluß war, eben weil die Parteidisziplin dieser Entwicklung entgegenarbeitete.

Scharfer schwedischer Protest gegen England.

(Eigener Drahtbericht.)

f. Stockholm, 16. Mai. Das liberale Blatt „Stockholms Tidningen“ erhebt einen scharfen Einspruch gegen die Erlaße des englischen Auswärtigen Amtes, in der Malandfrage. Der mittelbare Tadel, der vom englischen Auswärtigen Amt gegen die schwedische Regierung gerichtet werde, müsse zurückgewiesen werden. Jeder Schwede, der Verständnis für die Würde seines Landes habe, müsse es eigenmächtig finden, daß man im britischen Auswärtigen Amt seine, sich überhaupt darüber äußern zu können, welche Anfrage die schwedische Regierung an die Regierung eines andern Landes gemacht haben solle.

Drohende normwegische Sprache gegen Schweden.

(Eigener Drahtbericht.)

f. Christiania, 16. Mai. Das halbamtliche Blatt „Norskke Intelligensbehold“ schreibt heute in einem Aufsatz über die gegenwärtige schwedische Politik, es werde immer klarer, daß der schwedische Altkidismus, den man anfangs als eine der Wirklichkeit ferne theoretische Bewegung aufgefaßt habe, eine Gefahr für den Frieden der skandinavischen Halbinsel bedeute. Da ein Eingreifen Schwedens in den Weltkrieg die ersten Folgen auch für Norwegen bringen müsse, könne man in Norwegen den Vorgängen in Schweden gegenüber nicht gleichgültig bleiben. Die Malandfrage habe vorläufig ausschließlich theoretisches Interesse, da man nach Rußlands wiederholten Versicherungen keinen Grund habe, zu glauben, daß eine dauernde Befestigung beabsichtigt sei. Jedenfalls müsse immer wieder unterdrückt werden, daß ohne Rücksicht auf ihr Ergebnis die Teilnahme Schwedens am Krieg den loyalen Nachbarn in einem unversöhnlichen Feind verwandelt würde, der unter allen Umständen eine gewaltige Macht darstelle. Es sei selbstverständlich, daß Schweden auf keinerlei Unterstützung von Norwegen rechnen könne für die Politik, die außerhalb der Aufrechterhaltung der Neutralität und des Friedens, die als das Ziel der skandinavischen Reihe in Malmö und Kopenhagen aufgestellt worden sei, stehe.

Englisch-russische Verschwörung gegen das Leben des Königs von Schweden.

(Eigener Drahtbericht.)

Güstrow, 16. Mai. Wie die „Güstrower Zeitung“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, war gegen den König von Schweden in den letzten Tagen ein Attentat geplant. Der König wollte sich gelegentlich des Concours Hippique in den Zirkus im königlichen Jurgarden in Stockholm begeben. Wenige Tage vorher waren sowohl an den König wie an den Polizeiminister Warnungen ergangen, welche dahin lauteten, der König möge die Pferdeschau nicht besuchen, es sei gegen sein Leben ein Attentat geplant, das bei Gelegenheit dieses Besuches zur Ausführung kommen sollte. Es gelang, den König von seinem Vorhaben abzubringen, und die mit der Angelegenheit betrauten Behörden entdeckten tatsächlich eine Verschwörung, die nach den bisherigen Feststellungen auf eine von englischen und russischen Agenten vorbereitete Tat führten. Mehrere Befestigungen wurden vorgenommen. Die in das Komplott verwickelten versuchen jetzt, den Attentatsversuch den Anarchisten in die Schuhe zu schieben. Da die schwedische Presse über diesen Vorfall nichts veröffentlichte sollte, und nur „Altbladet“ das Komplott mit wenigen Worten erwähnt hat, so gelang es infolge der Unkenntnis der Öffentlichkeit, weitere Erhebungen anzustellen.

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 10 Seiten.

